

DIE LINKE. Sachsen

6. Landesparteitag

A Leitantrag an den 6. Landesparteitag

A.2 Erster Entwurf der Sozialpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE. Sachsen

Beschluss des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 05./06. November 2011 in Bautzen

Beschluss:

1. Die Sozialpolitischen Leitlinien (A.2) und die vorliegenden sowie zukünftigen Änderungsanträge werden an den Landesvorstand überwiesen.
 2. Der Landesvorstand wird damit beauftragt, das vorgelegte Papier und die vorliegenden Änderungsanträge bis zum Herbst 2012 breit innerhalb und außerhalb der Partei zu diskutieren.
 3. Der Landesvorstand legt dem Landesparteitag im Herbst 2012 die überarbeiteten Sozialpolitischen Leitlinien für Sachsen zur endgültigen Beschlussfassung vor.
-

1. Für soziale Gerechtigkeit in Sachsen

Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft.

(Aus dem Parteiprogramm der LINKEN)

* * *

Vor dem Hintergrund anhaltender internationaler krisenhafter Verwerfungen auf dem Gebiet von Wirtschaft und Finanzwesen haben die Auseinandersetzungen um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums eine neue Dimension erreicht. Das grundgesetzlich verankerte Sozialstaatsprinzip wird immer mehr ausgehöhlt, weil bisherige soziale Standards geopfert werden und sich unser Gemeinwesen weiter vom Anspruch sozialer Gerechtigkeit entfernt hat. Die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander und betrifft alle Generationen. Dieser Prozess der Umverteilung von unten nach oben wurde insbesondere durch Hartz IV, durch zunehmende Privatisierung sozialer Daseinsvorsorge, durch zusätzliche Belastungen für gesetzlich Kranken- und Pflegeversicherte, durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors, durch die Absenkung des realen Rentenniveaus sowie durch weitere so genannte Sozialreformen von den Regierenden auf Bundes- und Landesebene bewusst beschleunigt und zu einem sozialpolitischen Paradigmenwechsel getrieben.

Die schwarz-gelben Regierungskoalitionen in Bund und Land bieten keinerlei tragfähige Lösungen. So haben sie keine schlüssigen Antworten auf solch brennende Herausforderungen wie den demografischen Wandels, die Garantie von Teilhabemöglichkeiten für alle, die Bewahrung und Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme, die Abwendung von Armutsrisiken, die Gewährleistung eines würdevollen Lebens im Alter und eines guten Starts ins Leben für Kinder und Jugendliche oder die Herstellung von wirklicher Geschlechtergerechtigkeit.

Dem setzt DIE LINKE sozialpolitische Alternativen entgegen. Unser Herangehen im Sinne des Leitbildes vom demokratischen Sozialstaat muss dabei darin bestehen, noch vorhandene soziale Standards zu verteidigen, darüber hinaus jedoch für solche Reformen einzutreten, die unter veränderten Bedingungen ein größeres Maß an sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle erreichen.

Die besondere Verantwortung der sächsischen LINKEN erwächst nicht zuletzt daraus, dass Ostdeutschland und vor allem Sachsen zum bundesweiten Experimentierfeld sozialer Veränderungen geworden ist. Bisher war dies mit Nachteilen für die hiesige Bevölkerung verbunden. Das muss aber nicht ewig so bleiben. Schließlich kommen, da die ganz Deutschland betreffenden Herausforderungen des demografischen Wandels, des ökologischen und wirtschaftlichen Umbaus und der notwendigen sozialpolitischen Antworten früher auf Sachsen zu. Die damit verbundenen Chancen für neue Lösungswege zu nutzen, ist der amtierenden schwarz-gelben Regierung in keiner Weise zuzutrauen. Und genau das eröffnet der sächsischen LINKEN Gestaltungsspielräume, die kreativ genutzt werden müssen.

Für das Profil der LINKEN haben sozialpolitische Angebote einen besonders hohen Stellenwert, wie alle relevanten Umfragen seit Jahren bestätigen. Deshalb wird DIE LINKE auch künftig bestrebt sein, an Erfahrungen der Menschen in Sachsen anzuknüpfen und erworbene Vertrauenspositionen auszubauen. Zu beachten ist allerdings, dass die entscheidenden Rahmenbedingungen für sozialpolitisches Wirken auf Bundesebene gesetzt werden. Notwendige Veränderungen lassen sich daher nur eingeschränkt auf Landesebene realisieren. Dennoch schöpft die gegenwärtige Landesregierung die Möglichkeiten keineswegs aus, sondern versteht sich als unkritische Wegbegleiterin der Bundesregierung. Diese Politik hat wesentlich dazu beigetragen, dass Sachsen eben nicht das Musterland guter sozialer Standards ist, sondern weit hinter den westdeutschen Bundesländern zurückbleibt und selbst im Vergleich mit den ostdeutschen Ländern bestenfalls Mittelmaß ist.

2. Zur sozialen Situation in Sachsen

Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards und ist so bestenfalls Mittelmaß

Anspruch und Wirklichkeit, erfolgreichstes neues Bundesland sein zu wollen, klaffen für Sachsen weit auseinander. Sachsen hatte 1990 vergleichsweise günstigere Voraussetzungen als die anderen neuen Bundesländer. Diese wurden seither jedoch durch die von der CDU

dominierte Regierungspolitik nicht nur nicht ausreichend genutzt, sondern weitgehend verspielt. Seit mindestens zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Bundesländer; bei den Arbeitseinkommen geht die Schere zu Ungunsten Sachsens sogar wieder auseinander. In der Summe sozialer Standards der neuen Bundesländer ist Sachsen inzwischen hinter Thüringen und Brandenburg zurückgefallen; der einst beträchtliche Vorsprung zu Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hat sich verringert. Die Ursachen für diesen Abstieg sind komplex. Herauszuheben sind jedoch solche Gründe wie massive Haushaltskürzungen im Sozialbereich trotz relativ günstiger finanzieller Gesamtlage sowie vorrangige Förderung des Niedriglohnssektors als angeblicher Standortvorteil. So ist Sachsen heute das Bundesland mit der höchsten Quote von Hartz-IV-Aufstockenden, der längsten Dauer von Erwerbsarbeitslosigkeit, mit dem niedrigsten Betreuungsanteil der 0 bis 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen der neuen Bundesländer, mit dem höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern in Förderschulen und mit den niedrigsten Eingliederungssätzen für behinderte Menschen in ganz Deutschland.

Der Anteil von Armut betroffener Menschen hat in Sachsen zugenommen und wächst weiter, wenn nicht endlich politisch gegengesteuert wird

Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Lediglich in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist sie höher. Hauptursache für wachsende Verarmung ist Hartz IV. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder sind von Armut betroffen, was deren Perspektive von vornherein belastet und die Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verschärft. Das gilt vor allem für Alleinerziehende, deren Armutsquote in Sachsen bei über 40 Prozent liegt. Gegenwärtig sind ältere Menschen im Durchschnitt noch weniger von Armut betroffen. Angesichts unterbrochener Erwerbsbiografien, niedriger Löhne und Absenkung des Rentenniveaus wird Altersarmut jedoch alsbald zur Massenerscheinung werden. Weder auf Bundes- noch auf Landesebene haben die Regierungen bisher ein Armutsvermeidungskonzept vorgelegt. Mehr noch: Die regierungsoffiziellen Verteilungspraktiken erweisen sich vielmehr als Armut beschleunigend.

Ostdeutschland und vor allem Sachsen bleiben Experimentierfeld für Sozialabbau in ganz Deutschland

Vor dem Hintergrund der gegenwärtig vorherrschenden Regierungspolitik ist nicht absehbar, ob und wann es überhaupt zu einer Angleichung der Lebensbedingungen Sachsens an das Niveau der alten Bundesländer kommt. Obwohl sowohl die Lohn- als auch die Alterseinkünfte im Freistaat nach wie vor um mehr als ein Fünftel unter denen Westdeutschlands liegen, haben sich die Lebenshaltungskosten weitgehend angeglichen. Anstatt diese beträchtlichen Unterschiede schrittweise abzubauen, werden sie bewusst genutzt, um Druck auch auf die sozialen Standards in den alten Bundesländern auszuüben. So scheitert die Einführung eines flächendeckenden, armutsfesten gesetzlichen Mindestlohnes nicht zuletzt an der strikten Verweigerungshaltung der sächsischen Staatsregierung. Selbst gegen die überfällige Rentenangleichung Ost an West nimmt Sachsens Regierung eine abwartende, ja ablehnende

Haltung ein. Anstatt vorhandene Mittel für eigene Beschäftigungsprogramme einzusetzen, werden sogar entsprechende Bundesprogramme, so unvollkommen sie sein mögen, insbesondere bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeiterwerbslose, torpediert.

Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren Notlage

Die sächsische Staatsregierung und die sie tragende schwarz-gelbe Koalition geben sich gern als Kämpfer für mehr Bürgernähe und kommunale Selbstverwaltung und übertragen immer mehr eigentliche Landesaufgaben auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Selbst der überörtliche Sozialhilfeträger, in den meisten Bundesländern eine Landesbehörde, fungiert in Sachsen als Kommunalen Sozialverband und wird überwiegend durch Zwangsumlage von den Landkreisen und kreisfreien Städten finanziert. Allerdings führt die mit diesem Anspruch einhergehende politische Praxis letztlich zu erheblichen Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung. Denn die zusätzlichen Aufgaben, denen man sich vor Ort nicht entziehen kann, weil es sich um gesetzliche Pflichtaufgaben handelt, sind meist nicht mit den notwendigen finanziellen Ausgleichszahlungen an die Kommunen verbunden. Während der Landeshaushalt dadurch erheblich entlastet wird und sich Sachsen so als das Bundesland mit besonders niedrigen Schulden feiert, nimmt die finanzielle Schieflage der kommunalen Haushalte ein immer bedrohlicheres Ausmaß an. So hat Sachsen unter den neuen Bundesländern den mit Abstand niedrigsten Anteil von Sozialausgaben am Landeshaushalt. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch zu agieren. Sie haben immer weniger Möglichkeiten, so genannte freiwillige soziale Leistungen zu gewähren. Darüber hinaus nehmen die Unterschiede in der finanziellen Belastung zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten zu. Seit langem ist daher ein von den LINKEN geforderter mit Landesmitteln finanzierter Sozillastenausgleich notwendig, um sachsenweit gleiche Lebensbedingungen zu schaffen.

Sachsen hat sich zum Musterland der Privatisierung sozialer Daseinsvorsorge entwickelt

Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. In nur zwei Jahrzehnten hat Sachsen hinsichtlich des Anteils privater Träger alle alten Bundesländer überholt und nimmt diesbezüglich auch in Ostdeutschland eine traurige Spitzenstellung ein. Das betrifft Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen sowie den Bereich der stationären und ambulanten Betreuung älterer und behinderter Menschen. Beim Anteil von Privatschulen nimmt Sachsen inzwischen mit weitem Abstand den Spitzenplatz in Deutschland ein. DIE LINKE unterscheidet sehr wohl zwischen privaten Eliteschulen und freien Schulen, die Vorreiter für alternative pädagogische Konzepte im Sinne der Förderung der kritischen Urteilskraft und in der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen sind. Selbst anerkannte Wohlfahrtsverbände haben gegenüber Privaten an Einfluss verloren. Die sächsische Staatsregierung hat diesen beschleunigten Privatisierungsprozess nicht nur dem Selbstlauf überlassen, sondern beschleunigt und finanziell gefördert.

3. Sozialpolitische Grundsätze der sächsischen LINKEN

Als Identität stiftenden Grundsatz steht die sächsische LINKE für mehr soziale Gerechtigkeit

Wirkliche soziale Sicherheit und die für wirkliche Demokratie notwendige gesellschaftliche Teilhabe aller kann es nur geben, wenn unser Gemeinwesen die individuelle Freiheit und freie Entfaltung einer jeden Persönlichkeit mit Gleichberechtigung und Solidarität verbindet. Bei diesem Grundsatz geht es für DIE LINKE sowohl um Fernziele, das Ringen um Reformalternativen als auch um das Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit im Alltag. Für DIE LINKE umfasst soziale Gerechtigkeit Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit. Der Begriff soziale Gerechtigkeit bildet die Klammer, die solche relativ subjektiven Faktoren wie Wünsche und Hoffnungen, Interessen und Bedürfnisse sowie Visionen umschließt. Dabei stoßen diese Faktoren immer wieder an Grenzen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. DIE LINKE setzt im demokratischen Ringen um Mehrheiten sowohl auf außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen als auch auf die ihr zu Gebote stehenden parlamentarischen Möglichkeiten. Sie ist dabei nur zu Kompromissen bereit, wenn ihre sozialpolitischen Grundwerte erkennbar bleiben. Es besteht die Bereitschaft, mit all denen außerparlamentarisch und parlamentarisch zusammen zu arbeiten, die ähnliche Interessen und Teilprojekte verfolgen. In solchen sozialen Netzwerken vertritt DIE LINKE keinerlei Führungsanspruch, sehr wohl aber eigenständige Positionen.

Die sächsische LINKE verfolgt einen ganzheitlichen sozialpolitischen Ansatz

Ihr geht es um solche Rahmenbedingungen, die allen in Sachsen wohnenden Menschen eine selbst bestimmte Lebensgestaltung ermöglichen. Wir verstehen das Soziale nicht als Lückenbüßer verfehlter Wirtschafts-, Arbeits-, Infrastruktur- und Bildungspolitik. Wir lehnen eine einseitige Sicht auf Menschen als soziale Versorgungsfälle ab. Eine am demokratischen Sozialstaat orientierte Sozialpolitik versteht sich als Gesellschaft gestaltender und verschiedene gesellschaftliche Bereiche übergreifender Politikansatz. Beim Einsatz mit und für Personengruppen in besonders schwierigen Lebenslagen gilt in erster Linie das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe. Gerade deshalb stehen wir an der Seite der vielen Verbände, Vereine und Selbsthilfegruppen, weil sie eine unverzichtbare Basis für bürgerschaftliches Engagement bilden und Ausdruck aktiver demokratischer Mitwirkung sind. In Sachsen wurden die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement u.a. durch massive Haushaltskürzungen weiter eingeengt. Zugleich werden wir nicht akzeptieren, wenn das freiwillige Engagement der Menschen bewusst als Ersatz für von der öffentlichen Hand zu finanzierende Sozialleistungen geplant wird. Wir setzen uns für eine Vielfalt in der sächsischen Vereins- und Trägerlandschaft ein, was eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung einschließt.

Die sächsische LINKE betrachtet den demografischen Wandel als Herausforderung und Chance

Sachsen muss sich früher als alle anderen Bundesländer auf den demografischen Wandel einstellen, weil der Freistaat schon heute sowohl die Bevölkerung mit dem höchsten Altersdurchschnitt als auch den höchsten Anteil von Menschen im Alter von über 65 Jahren hat. Da wegen der Massenabwanderung von jungen Menschen, vor allem aus dem ländlichen Raum und in der Mehrheit junger Frauen, ein weiteres Absinken der Einwohnerzahl eintreten wird, aber zugleich der Anteil von Menschen im Rentenalter eher noch zunimmt, tritt DIE LINKE dafür ein, sich endlich kreativ auf diese Veränderungen einzustellen. Das bedeutet zunächst, Berufseinsteigenden eine sichere berufliche Perspektive im Freistaat zu geben, um die weitere Abwanderung zu stoppen. Das verlangt aber zugleich neue Überlegungen bei der Gestaltung der sozialen Infrastruktur, insbesondere zur Sicherstellung der Betreuung älterer Menschen in allen sächsischen Regionen. Anstatt, wie bisher Haushaltsmittel im Sozialbereich zu kürzen, muss es sogar eine Aufstockung durch Umverteilung im Landeshaushalt geben.

Für die sächsische LINKE besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen ökologischem und sozialem Wandel

Inzwischen wird kaum noch ernsthaft bestritten, dass wir auf den bereits in Gang gekommenen Klimawandel offensiv reagieren müssen. Es ist schon viel zu viel Zeit ungenutzt verstrichen. Im globalen Maßstab sind gerade die Länder von Dürre und Überschwemmungen betroffen, die am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Und innerhalb eines Landes sind es ebenfalls die Ärmere, die besonders unter den Folgen des Klimawandels und der Umweltzerstörung leiden, denn wer kein Geld hat, dem fehlen die Mittel für die „Flucht“ ins Grüne und für eine gesunde Ernährung. Dem bleibt oft keine Wahl als das Wohnen an lauten Straßen oder in Vierteln mit gesundheitsschädlichen Feinstaubkonzentrationen. Insofern ist Umwelt- und Klimaschutz zutiefst eine Frage der sozialen und der globalen Gerechtigkeit.

Dennoch muss die ökologische Umgestaltung im Einklang mit sozialer Verträglichkeit erfolgen. So wird DIE LINKE nicht hinnehmen, wenn die notwendigen Kosten vor allem von jenen aufzubringen sind, die am wenigsten zur Umweltbelastung beigetragen haben oder sich nur jene ausreichend gesund ernähren können, die dazu finanziell in der Lage sind. Daher fordern wir generell eine radikale Umverteilung von oben nach unten und diskutieren zum Beispiel verschiedene Formen einer unbürokratischen und stigmatisierungsfreien Sicherung des Grundbedarfes bei Energie oder der Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Die sächsische LINKE setzt sich für wirkliche Reformen der sozialen Versicherungssysteme ein

Obwohl über die Perspektive der sozialen Versicherungssysteme vor allem auf Bundesebene entschieden wird, haben die Länder hierbei ein Initiativ- und Mitspracherecht. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Sozialverbänden und Gewerkschaften wird die sächsische LINKE

Widerstand gegen eine weitere Aushöhlung der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Renten-, aber auch der Arbeitslosenversicherung leisten. Abzuwehren sind alle Bestrebungen, die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme zunächst durch private Versicherungen nach dem Kapitaldeckungsprinzip zu ergänzen, um sie schließlich gänzlich zu überwinden. Erhalt- und Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherungen heißt für uns deren stete Weiterentwicklung. Deshalb setzen wir uns in der Kranken- und Pflegeversicherung für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung ein. Bei der Rente plädieren wir für den Übergang zu einer solidarischen Rentenversicherung, in die alle, also auch Beamte, Abgeordnete und Freiberufler, einzahlen, wobei die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen ist. Zum Schutz vor Altersarmut ist eine solidarische Mindestrente im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung einzuführen. Sofort ist zu sichern, dass für Arbeitslosengeld-II-Beziehende wieder Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen sind.

Die Arbeitslosenversicherung soll zu einer Erwerbslosenversicherung ausgebaut werden, die eine Lebensstandardsicherung und den Schutz vor Armut garantiert und so die gesellschaftliche Teilhabe auch in Zeiten ohne Erwerbsarbeit ermöglicht. Sperrzeiten sind sofort abzuschaffen, weil sie eine Enteignung der Betroffenen hinsichtlich ihrer erworbenen Versicherungsansprüche darstellen. Organisierte Erwerbslose sind in die Selbstverwaltung der Erwerbslosenversicherung einzubeziehen. Unbedingt gestoppt werden muss der weitere Ausstieg der sogenannten Arbeitgeber aus der paritätischen Einzahlung in die Sozialversicherungssysteme.

Eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme schließt für DIE LINKE ein, allen Menschen ein Leben frei von Not und Armut zu ermöglichen, gegen gesellschaftliche Risiken abgesichert zu sein, eine ausreichende materielle Basis für Phasen der Erwerbslosigkeit zu garantieren, Ansprüche gegenüber der Gesellschaft auf Grund von Erziehungs- und Pflegezeiten zu gewährleisten sowie Kinder und Jugendliche endlich als selbständige Personen anzuerkennen und ihnen eine eigene Grundsicherung zu gewähren.

Für die sächsische LINKE bleibt die Landesverantwortung für soziale Daseinsvorsorge unverzichtbar

Schluss sein muss mit dem Kurs der amtierenden Staatsregierung, sich immer weiter aus der Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge zu verabschieden und deshalb auch immer weniger Mittel dafür bereit zu stellen. Stattdessen muss eine angemessene Zahl von Sozial-, Kinder- und Gesundheitseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft geführt werden. Das schließt teilweise eine Rekommunalisierung ein. Wir sind für das Subsidiaritätsprinzip, wenn dadurch mehr Menschen demokratisch mitwirken und entscheiden können. Dieses Prinzip darf aber nicht in erster Linie aus fiskalischen Gründen zur Anwendung kommen oder gar zur Absenkung sozialer Standards führen. Zugleich treten wir für eine breite Vielfalt freier Träger ein und wenden uns deshalb gegen eine fortschreitende Konzentration von sozialen Einrichtungen bei großen Verbänden. Da der Privatsektor bei sozialen Einrichtungen in Sachsen bereits stark ausgeprägt ist, lehnen wir weitere Privatisierungen strikt ab, zumal privat betriebene Einrichtungen sozialer Daseinsvorsorge stets mit dem Erlangen eines möglichst hohen Profits verbunden sind. In vielen Fällen wird dies vor allem mit der Zahlung

von Löhnen an die dort Beschäftigten weit unter dem üblichen Tarif erkauft. Da Privatbetreiber im Unterschied zu öffentlichen und frei-gemeinnützigen Trägern nicht verpflichtet sind, Überschüsse zu reinvestieren, werden den Sozialsystemen so auf Dauer Mittel entzogen.

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der Rechte der Verbraucherinnen und der Verbraucher ein. In den Bereichen der Daseinsvorsorge, die marktförmig organisiert sind, wollen wir die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken, um so ihre Position gegenüber regional und global handelnden Unternehmen zu verbessern: in erster Linie handelt es sich dabei um Informationsrechte der Verbraucherinnen und -pflichten der Unternehmen und die öffentliche Aufgabe, die Einhaltung von Grenzwerten und Transparenz zu kontrollieren.

Die thematische Spanne reicht vom Wohnungsmarkt, von der Landwirtschaft zur Lebensmittelproduktion, von Finanzmarktprodukten über den Energiemarkt, Gastronomie, Pflegebereich bis hin zum Gesundheitssektor und Transportwesen und muss prinzipiell da gestärkt werden, wo es gilt Menschen in die Lage zu versetzen, informierte und verantwortliche Entscheidungen für sich und die Gemeinschaft zu treffen. Durch ihre bewusste Entscheidung z.B. für hygienische Qualität, für sozial und regional produzierte Produkte können Verbraucher die in den Feldern wirkenden Mechanismen verändern.

4. Für Veränderungen in wichtigen Lebensbereichen

Hartz IV muss überwunden werden

Trotz zwischenzeitlichen wirtschaftlichen Aufschwungs und trotz anhaltenden Rückgangs der Bevölkerung verharrt die Zahl der unmittelbar von Hartz IV Betroffenen in Sachsen bei einer halben Million mit verheerenden Folgen bis hin zu späteren Rentenansprüchen. Hartz IV hat sich gerade in Sachsen als gewolltes Druckmittel auf das gesamte Lohngefüge erwiesen und zudem durch eine anhaltende Stagnation der Kaufkraft auch negative Auswirkungen insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen. Sanktionen, die das ohnehin zu niedrige Arbeitslosengeld II kürzen oder ganz entziehen, führen zu existenzieller Not. Das Konstrukt „Bedarfsgemeinschaft“ verschärft die ökonomischen Abhängigkeiten in Partnerschaften und gefährdet die existenzielle Absicherung von Partnern und Kindern.

Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn es endlich zu einem von den LINKEN geforderten komplexen Wandel kommt. Dazu gehören die Schaffung Existenz sichernde Arbeitsplätze statt Ausweitung des Sektors von Mini- und Midijobs, die Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit durch konsequente Verkürzung der Arbeitszeit, statt Bestrebungen zu deren Verlängerung, die Einhaltung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, statt Frauen oder Leiharbeitende zu benachteiligen, die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro pro Stunde, statt Festhalten an Hungerlöhnen sowie die Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an Unternehmen, die armutsfeste Mindestlöhne zahlen, statt Entscheidung für den billigsten Anbieter, verbunden mit der Zahlung von ergänzenden Sozialleistungen für Aufstockende. Unbedingt zu überwinden ist die Mehrklassengesellschaft bei Erwerbslosen. Die stigmatisierende Grundsicherung für Arbeitssuchende, besser bekannt als Hartz IV oder ALG II, ist durch eine

sanktionsfreie Mindestsicherung, die vor Armut schützt, zu ersetzen. Ein erster Schritt dazu ist die sofortige Anhebung des Regelsatzes auf derzeit mindestens 500 Euro sowie die Abschaffung der Sanktionen, denn die gesetzlich garantierte Gewährung eines soziokulturellen Existenzminimums darf nicht durch Sanktionen ausgehebelt werden.

Abstimmungsalternative A: keine Aussage zum BGE

Abstimmungsalternative B: Viele von uns sehen in einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle eine grund- und bürgerrechtskonforme Alternative zu Hartz IV, weil sie jegliche Diskriminierung und Stigmatisierung der Transferbeziehenden und damit auch verdeckte Armut überwindet und den Datenschutz am besten sichert. Die weitere Arbeit an realisierbaren Konzepten für ein bedingungsloses Grundeinkommen und die Teilhabe an der breiten gesellschaftlichen Debatte darüber bildet für DIE LINKE Sachsen einen über die gegenwärtigen Verhältnisse hinausreichenden Ansatz gesellschaftlicher Veränderung

Anstatt Menschen in fragwürdige, nicht sozialversicherte Ein-Euro-Jobs zu zwingen, setzt DIE LINKE auf sozialversicherungspflichtige, mindestens nach Mindestlohn vergütete Formen der öffentlichen Beschäftigung. Es geht dabei darum, gesellschaftlich notwendige Arbeit auf der Grundlage von Tarifverträgen anzubieten. Linke Arbeitsmarktpolitik ermöglicht darüber hinaus eine selbstbestimmte und solidarische Arbeitszeitflexibilisierung, die zugleich Erwerbssuchenden den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

Wohnen als soziale Herausforderung

Die Situation bei Wohnraum hat sich in Sachsen seit Mitte der 1990er Jahre geändert. Gab es bis dahin Wohnraummangel, haben wir es inzwischen mit beträchtlichem Leerstand zu tun. Hauptursache dafür ist der Bevölkerungsrückgang von über 800.000 Personen seit 1990. Die Wohnungsfrage als soziale Frage stellt sich heute deshalb anders als vor Jahrzehnten. Vermietende und Mietende sind objektiv enger verbunden, denn hoher Leerstand gefährdet auch die kleinen Eigentümer_innen, die sich bei der Modernisierung ihrer Häuser oft hoch verschuldeten.

Inzwischen dominiert ein weiteres Problem die Wohnungspolitik – die soziale Polarisierung. Auch in sächsischen Städten schreitet die Aufspaltung nach Einkommensgruppen in Quartieren voran. Die Regelungen zu den sogenannten Unterkunftskosten für Hartz-IV-Betroffene sowie die Kürzungen beim Wohngeld befördern diese Tendenz.

Sozialer Umbau in Städten und Dörfern heißt mehr denn je, sich auf Veränderungen einzustellen, die auf Grund des demografischen Wandels eintreten. Das verlangt mehr alten- und behindertengerechten Wohnraum. Für DIE LINKE ist es ein Grundanliegen, dass ältere und behinderte Menschen so lange als möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld selbstbestimmt leben können.

Eine Schande für ein reiches Land wie Deutschland ist das Problem der Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit, insbesondere noch dazu, wenn davon Kinder betroffen sind. Die sächsische LINKE nimmt nicht hin, wenn die hiesige Landesregierung dieses Problem

verdrängt und davon ausgeht, dass Wohnungsloseninitiativen vor Ort schon für Linderung sorgen werden. DIE LINKE fordert von der Staatsregierung, mehr Hilfsangebote für Wohnungslose mit Landesmitteln zu fördern und umgehend zu einer statistischen Erhebung von Wohnungslosigkeit zurückzukehren.

Die sächsische LINKE wird auch künftig alternative Wohnformen von jungen Menschen unterstützen, weil diese mit dazu beitragen können, die Abwanderung in andere Bundesländer zumindest teilweise einzudämmen.

Gesundheitliche Versorgung als Menschenrecht

Für die sächsische LINKE bleibt es ein Grundsatz, dass allen Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von Alter, Einkommen und sozialer Stellung ein Gesundheitssystem zur Verfügung steht, das ihnen die notwendigen Leistungen zur Vermeidung, Linderung und Heilung von Krankheiten garantiert. Von den Verbesserungen bei medizinischen Geräten, Arzneimitteln sowie der Ausstattung von Gesundheitseinrichtungen konnten bisher leider nicht alle gleichermaßen profitieren, denn die so genannten Gesundheitsreformen der letzten Jahre haben den Prozess hin zur unsozialen Mehrklassenmedizin beschleunigt. Dafür stehen die Ausdünnung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen, die Praxisgebühr, die Einführung von Zusatzbeiträgen sowie die steigenden Zuzahlungen.

Hinzu kommt der zunehmende Ärztemangel, insbesondere in benachteiligten ländlichen Regionen, dem die sächsische Staatsregierung seit Jahren konzeptionslos begegnet. Um in Zukunft eine flächendeckende medizinische Versorgung in guter Qualität zu sichern, sind mehr Ärzte sowie Pflegekräfte auszubilden. Es sind durch gezielte staatliche Förderprogramme bessere materielle und ideelle Voraussetzungen zu schaffen, damit es vor allem für junge Menschen attraktiver wird, einen Gesundheitsberuf zu ergreifen. Unternehmen, die Absolvent_innen außerhalb der unmittelbaren medizinischen Versorgung einstellen, haben eine Ausbildungsabgabe zu entrichten. DIE LINKE unterstützt Maßnahmen zur Schaffung solcher Medizinischer Versorgungszentren (Polikliniken), die diesen Namen auch verdienen und setzt sich darüber hinaus für die Aufhebung der nach wie vor bestehenden Trennung von ambulanter und stationärer Betreuung ein. Vor allem in unterversorgten ländlichen Regionen sind Ärzte durch Modelle wie „Schwester Agnes“ zu entlasten sowie mobile Arztpraxen zu schaffen. Durch verbindliche landesgesetzliche Regelungen sind die Angebote für gesundheitliche Prävention, für die Erweiterung des Impfschutzes und den umfassenden Ausbau des gesundheitlichen Verbraucherschutzes zu treffen. Gleiches gilt für den Rettungsdienst.

Gute Bildung für alle

Es gibt kaum einen Bereich, der die Entwicklung der Menschen so nachhaltig prägt, wie Bildung. Deshalb sind für die sächsische LINKE Kindertagesstätten, Schulen in öffentlicher Trägerschaft, Hochschulen und weitere öffentlich geförderte Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen und Institutionen der kulturellen Bildung mehr denn je unverzichtbare Bestandteile sozialer Daseinsvorsorge. Bildung ist Voraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben, für gesellschaftliche Teilhabe, für demokratische Mitwirkung und insgesamt für ein

sozial gerechtes Zusammenleben. Jedoch umfasst Bildung aus der Sicht der LINKEN nicht nur Wissensvermittlung, sondern umfassende Persönlichkeitsentwicklung durch den Erwerb sozialer Kompetenzen und gesellschaftskritischen Bewusstseins. Die seit 1990 verfolgte sächsische Schulpolitik verhindert das von den LINKEN und vielen Eltern gewollte längere gemeinsame Lernen aller Kinder in einer Schule. Im Unterschied zu den süddeutschen Bundesländern, an denen sich der Freistaat bildungspolitisch gern orientiert, sind die sächsischen Hochschulen erheblich unterfinanziert, was u.a. prekäre Arbeitsverhältnisse für (Nachwuchs-)wissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler zur Folge hat.

Um der Bedeutung der Kindertagesstätten als Orte der frühkindlichen Bildung für alle, einschließlich der Kinder mit Beeinträchtigungen gerecht zu werden, müssen der Betreuungsschlüssel gesenkt und die Gruppen verkleinert werden. Voraussetzung dafür ist nicht zuletzt eine Erhöhung der Landespauschale, die die Kommunen für die Finanzierung der Kindertagesbetreuung erhalten. Den gesetzlich verbrieften Rechtsanspruch auf den Besuch einer Kindertagesstätte ab dem 1. Geburtstag will DIE LINKE durch dem Verzicht auf jegliche Zugangskriterien und die Bereitstellung von Ganztagsbetreuung für alle Eltern, die dies wünschen, umsetzen. Geboten ist eine Gleichsetzung in der tariflichen Einordnung der Erzieherinnen und Erzieher mindestens an das Lehramt an Grundschulen.

Dass der Freistaat gegenwärtig im Bundesvergleich der Lernergebnisse noch relativ gut abschneidet, ist in erster Linie dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, der Abschiebung von Kindern in Förderschulen für Lernbehinderte und dem vergleichsweise niedrigen Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu danken. Dies dürfte aber nicht so bleiben, wenn sich die Staatsregierung weiterhin moderneren Strukturen und Lehrinhalten verschließt und nicht bereit ist, dem zunehmenden Lehrkräftemangel durch ausreichend viele Neueinstellungen zu begegnen. Der Grundsatz: Die Schule gehört zum Dorf, gilt in Sachsen schon lange nicht mehr. Zahlreiche staatliche Schulen wurden vor dem Hintergrund restriktiver Haushaltskürzungen geschlossen, so dass vor allem in großstädtischen Ballungszentren inzwischen Schulraumnotstand herrscht.

Gleichzeitig besucht im bundesweiten Vergleich der höchste Anteil von Kindern und Jugendlichen eine Förderschule, weil die Rahmenbedingungen für inklusives Lernen in Regelschulen mehr als unzureichend sind. Deshalb wird sich DIE LINKE. Sachsen für einen Weg von der Integration zur Inclusion in allen Bereichen von Bildung und Erziehung einsetzen. Gerade angesichts des demografischen Wandels geht es für DIE LINKE um die allseitige und beileibe nicht vorrangig den Anforderungen der Wirtschaft geschuldeten Förderung aller Kinder und Jugendlichen, auch derjenigen mit besonderem Bedarf aufgrund physischer und psychischer Beeinträchtigungen.

Für gute schulische Bildung ist in erster Linie das staatliche Schulwesen zuständig und darf nicht durch immer mehr Privatschulen ausgehebelt werden. Viele dieser Privatschulen sind doch erst auf Initiative vor Ort deshalb entstanden, weil vorher eine staatliche Schule geschlossen wurde. Wir sind nicht grundsätzlich für eine Verteufelung von Privatschulen, wenn sie allen Kindern, deren Eltern das wünschen, offen stehen und wenn das Lehrpersonal vergleichbar dem staatlichen Schulsektor entlohnt wird.

Die steigenden Kosten des Studiums grenzen immer mehr Jugendliche aus ärmeren Bevölkerungsschichten aus. DIE LINKE spricht sich für eine gleichberechtigte Förderung für alle Ausbildungswilligen aus. Sie lehnt jegliche direkte oder indirekte Ausbildungs- und Studiengebühren ab, tritt für den Erhalt von Volkshochschulen und den Zugang aller Generationen zu höherer Bildung und Weiterbildung ein. Verbessert werden müssen die Bedingungen, damit Frauen und Mädchen Bildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen nutzen können. Getreu dem Motto „Bildung statt Beton“ muss im gesamten sächsischen Bildungsbereich wesentlich mehr investiert werden.

Wichtig ist uns, dass die Eltern, die Schülerinnen und Schüler sowie die Studierenden weitgehende Mitspracherechte im Bildungsbereich wahrnehmen können. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das BAföG zu einer einheitlichen Studien- und Ausbildungsförderung für alle Studierenden und schulisch Auszubildenden ohne Rückzahlungspflicht und unabhängig von der Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern ausgebaut wird.

Teilhabe am kulturellen Leben

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Sachsen ein Land mit einem vielfältigen und traditionsreichen kulturellen Leben bleibt. Sowohl Einrichtungen der Hochkultur als auch der Soziokultur können wesentlich dazu beitragen, dass die Anziehungskraft des Freistaates zunimmt. Für DIE LINKE steht Kultur nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Bereichen, sondern ist immanenter Bestandteil sozialer Funktionalität unseres Gemeinwesens. Kulturelle Vielfalt ist kein Luxus, den wir uns entweder leisten oder wegen finanzieller Zwänge versagen könnten. Öffentliche Kulturförderung muss die gesamte Breite künstlerischer und kultureller Tätigkeit einschließen. Selbstverständlich bleiben die drei großstädtischen Ballungszentren mit ihren weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten Einrichtungen von besonderer Bedeutung für das kulturelle Leben in Sachsen; aber dies darf nicht zur weiteren Vernachlässigung anderer sächsischer Regionen führen. Für DIE LINKE haben Kunst und Kultur auch deshalb eine erhebliche soziale Komponente, weil sie für alle sozialen Schichten zugänglich und bezahlbar sein müssen. Das schließt die Möglichkeit zu aktiver kultureller Betätigung ein, die keinesfalls nur denen vorbehalten sein darf, die sich dies finanziell leisten können.

Sportliche Betätigung allen ermöglichen

Für DIE LINKE ist Sport ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Er fördert soziale Kontakte und kann Menschen unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters zusammenführen. Eine angemessene sportliche Betätigung bedeutet für viele Menschen gesundheitliche Vorsorge sowie sinnvolle und anregende Freizeitgestaltung. Ziel muss es sein, unabhängig von Einkommen sportliche Betätigungsmöglichkeiten für alle zu schaffen bzw. zu erhalten. Insbesondere für Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen muss die Betätigung in Sportvereinen erleichtert werden; das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes und das sächsische „Komm

in den Sportverein“-Projekt erweisen sich dabei als völlig unzureichend. Sachsen braucht endlich ein Sportförderungsgesetz.

Ein ganzes Bündel von Widersprüchen kennzeichnet allerdings die derzeitige Situation. Einerseits finden in einigen sächsischen Städten immer mehr hochkarätige Sportveranstaltungen statt, sind neue und moderne Sportstätten entstanden. Andererseits sind viele vorhandene Sportanlagen marode und teilweise nicht mehr nutzbar. Die Vereine und die Kommunen können die notwendigen Investitionen nicht allein aufbringen. Die dafür vom Freistaat bereit gestellten finanziellen Mittel reichen aber bei weitem nicht aus, um den Modernisierungstau spürbar zu verringern.

5. Für Selbstbestimmung und Gleichstellung

Die Geschlechtergerechtigkeit bleibt für die sächsische LINKE grundsätzliches politisches Anliegen

Nach wie vor bestehen in allen Lebensbereichen erhebliche Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern. Von wirklicher sozialer Gleichheit zwischen den Geschlechtern kann in Sachsen überhaupt keine Rede sein. Besonders Frauen sind überdurchschnittlich von Langzeiterwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung wie Minijobs betroffen. Selbst in der öffentlichen Verwaltung des Freistaates sind Frauen in Spitzenpositionen deutlich unterrepräsentiert. Dieser unbefriedigende Zustand, der letztlich Ausdruck überkommener patriarchalischer Strukturen ist, führt nicht nur zur Benachteiligung von Frauen, sondern zu deren Ausgrenzung von gesellschaftlichen Entscheidungen. Deshalb sind dringend Voraussetzungen zu schaffen, dass bei allen politischen Entscheidungen dem Gleichstellungsanspruch Rechnung getragen und das Prinzip des „Gender-Mainstreaming“ als Leitprinzip zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen Anwendung findet. Darüber hinaus muss gezielte Frauenförderung aus Sicht der LINKEN zur Pflicht in allen öffentlichen Einrichtungen und zumindest solchen Unternehmen werden, die Fördermittel oder öffentliche Aufträge erhalten.

Zudem sind Frauenprojekte wesentlich stärker zu fördern, anstatt die Zuwendungen, wie bei den letzten Landeshaushalten geschehen, zu kürzen oder gar ganz einzustellen. Sachsen ist inzwischen das Bundesland mit der vergleichbar geringsten Förderquote für Gleichstellungsprojekte und überdies mit der niedrigsten ministeriellen Anbindung des Gleichstellungsressorts.

Nötig ist ein verändertes Rollenverständnis. Zentral ist dabei eine grundlegende Umverteilung der Tätigkeiten zwischen Männern und Frauen; es müssen weitaus mehr Spitzenpositionen von Männer- in Frauenhände übergehen. Im Gegenzug muss mehr Familienarbeit von den Frauen zu den Männern wechseln. Kürzere Erwerbsarbeitszeiten als gesellschaftlicher Standard für Männer und Frauen gleichermaßen, ein flächendeckendes Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen, Elterngeldregelungen, die die gleichberechtigte Übernahme von Erziehungsarbeit finanziell belohnen, statt wie heute zu bestrafen, gesicherte Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach Kindererziehungsjahren sind dafür notwendige Maßnahmen. Eine wichtige Aufgabe ist die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt,

insbesondere an Frauen und Kindern. Bedarfsgerechte Angebote zur Gewaltprävention und Nachsorge für von Gewalt Betroffene sind landesweit umfassend zu fördern. Die Existenz der Frauen- und Kinderschutzhäuser ist durch eine Regelfinanzierung zu sichern.

Perspektiven für Kinder und Jugendliche

DIE LINKE setzt sich verstärkt dafür ein, die Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene so zu verbessern, damit sie in Sachsen eine gute Perspektive haben. Eine Kindergrundsicherung, für die DIE LINKE sich einsetzt, hilft Kinderarmut abzubauen. Darüber hinaus bedarf es gerechter Teilhabemöglichkeiten in allen Sozial- und Bildungsräumen. Junge Menschen benötigen verlässliche Unterstützungssysteme und vielfältige Gelegenheiten an außerschulischer Bildung, um die Herausforderungen einer modernen Gesellschaft bewältigen zu können. Ein stabiles Netz an pädagogisch betreuten Kinder- und Jugendhäusern, an mobiler Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und professioneller Begleitung ehrenamtlicher Jugendinitiativen ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sowie soziales und demokratisches Miteinander.

Die ohnehin viel zu niedrige Landesförderung für Jugendverbände und Vereine darf nicht durch eine Praxis der Bevormundung und ideologisch ausgerichteten konservativen Denkmustern weiter beschnitten werden. Die Herausbildung demokratischen Bewusstseins in allen sozialen Milieus setzt positive Erfahrungen gelungener Beteiligung voraus. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Jugendverbände, Sportvereine und Kultureinrichtungen, in denen demokratisches Miteinander erlebt und eingeübt werden kann. Deshalb bedürfen diese Einrichtungen sowie Beteiligungsprojekte für junge Menschen einer besonderen Förderung.

Würdevolles Leben für ältere Menschen

Der sächsischen LINKEN geht es darum, älteren Menschen vielfältigere Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und einer selbstbestimmten Lebensführung zu sichern. Die ältere Generation hat angesichts ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung in Sachsen nicht den Stellenwert, der ihr eigentlich zukäme. Bereits heute haben wir Altersarmut, die schon in absehbarer Zeit beträchtlich ansteigen wird. Nicht zuletzt wegen der Verdienste der älteren Generation verwahren wir uns gegen das neoliberale Klischee, wonach die Älteren zunehmend auf Kosten der Jungen leben und daher Generationenkonflikte verursachen würden. Damit wird bewusst vernebelt, dass die Trennlinie auch in Sachsen nicht zwischen jung und alt, sondern zwischen arm und reich verläuft.

DIE LINKE ist für einen solidarischen Ausgleich zwischen den Generationen. Sie setzt sich bei der Rente gleichermaßen für Lebensstandardsicherung und Schutz vor Altersarmut ein. Der Anspruch der sächsischen LINKEN besteht darin, älteren Menschen so lange als möglich ein Leben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen. Neben entsprechenden Wohnformen muss der gesamte Betreuungs- und Pflegesektor einen wesentlich höheren gesellschaftlichen Stellenwert erhalten. Das ist freilich mit höheren Kosten verbunden, denen wir uns stellen müssen. So wird die Zahl derer, die pflegedürftig sind, beträchtlich anwachsen, weshalb mehr fachlich hoch qualifiziertes Personal, das besser entlohnt werden muss, benötigt wird. Dieser

Prozess darf nicht dem Selbstlauf überlassen werden, sondern muss von der Landesebene durch eine fundierte Bedarfsplanung begleitet und angemessen finanziell gefördert werden. Generell brauchen wir in unserer Gesellschaft ein Umdenken in Bezug auf die Rolle älterer Menschen, die viel länger als noch vor Jahrzehnten kreativ tätig sein können und wollen. Daher möchten wir ältere Menschen ermutigen, ihre Rechte offensiver einzufordern und an Entscheidungsprozessen aktiv teil zu nehmen. Um dafür bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, wird sich die sächsische LINKE für ein Seniorenmitwirkungsgesetz stark machen und für die Bildung von Seniorenvertretungen auf allen Ebenen eintreten.

Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik

Menschen mit geistigen, körperlichen, seelischen und/oder Sinnesbeeinträchtigung haben dieselben Rechte wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. Die sächsische LINKE wird daher auch künftig dazu beitragen, diesen Menschen eine weitgehend selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird sie sich dafür einsetzen, dass Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen geschaffen werden, die den Bedürfnissen der Menschen mit Beeinträchtigungen entsprechen.

Bildungseinrichtungen, Arbeitsstätten und deren Umfeld, Wohnungen und Wohnumgebung, Freizeitmöglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel und Verkehrsräume, Gebrauchsgegenstände, Kommunikationssysteme, die Umwelt und schließlich die Geschäftsstellen und Veranstaltungen der sächsischen LINKEN selbst müssen barrierefrei zugänglich gemacht werden. Denn erst Barrierefreiheit ermöglicht die Teilnahme von allen, die es wünschen.

DIE LINKE wird sich für gesetzliche Rahmenbedingungen auf Landesebene einsetzen, mit denen das von den Vereinten Nationen beschlossene und von Deutschland ratifizierte Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK) schnellstmöglich umgesetzt wird. DIE LINKE wird hierzu Initiativen zur Bewusstseinsbildung, zu Bildung und lebenslangem Lernen, zum Leben in der Gemeinschaft, zu Mobilität und Verkehr, zu barrierefreier Kommunikation und Information, zu Kultur, Freizeit und Sport sowie Arbeit und Beschäftigung unterstützen oder selbst ergreifen. Besonders naheliegend ist es zunächst, dass in Sachsen die finanziellen Eingliederungshilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen, die gegenwärtig die niedrigsten in ganz Deutschland sind, erheblich aufgestockt werden.

Gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten

Migrantinnen und Migranten sind für DIE LINKE eine Personengruppe in Sachsen, für die wesentlich mehr getan werden muss. Über lange Zeit war Sachsen ein weltoffenes Land, das seinen Aufstieg zu einem Zentrum von Industrie, Wissenschaft und Kultur nicht zuletzt vielen Menschen aus anderen Ländern zu verdanken hatte. An diese Traditionen gilt es anzuknüpfen. Gegenwärtig leben in Sachsen im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern relativ wenige Migrantinnen und Migranten. Dennoch ist Sachsen für eine rigide Ausländerpolitik bekannt. So gibt es keine Landesförderung für Sozialarbeit mit Migrantinnen und Migranten. Unterstützende Angebote sind nur für einen begrenzten Teil vorgesehen. Sachsen ist das einzige Bundesland ohne ein Integrationskonzept und zugleich das

Bundesland mit der niedrigsten Einbürgerungsquote. Im Bundesvergleich gibt es im Freistaat die wenigsten Ausländerbeiräte. Viele Migrantinnen und Migranten erhalten eine schlechtere medizinische Betreuung, haben geringere oder teilweise überhaupt keine Chancen auf Erwerbstätigkeit und sind in ihren Bildungschancen benachteiligt. Neben konkreten und speziell auf die jeweiligen Personengruppen abgestimmten Fördermaßnahmen geht es bei Mitwirkung aller demokratischen Kräfte vor allem darum, eine positive Öffentlichkeit, die darauf hinwirkt, hier Ankommende als eine Bereicherung anzuerkennen und nicht vordergründig als Kostenfaktor zu betrachten. So ist das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, weil es Betroffene diskriminiert und nicht einmal Leistungen auf Sozialhilfeniveau gewährt.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: **X**

Abgelehnt:

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____ 1 _____